

Sächsisches Elbzeitung

Sageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtenschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porchdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshof, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: R. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 25 Pfg., 85 mm breite Reflektzeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Aus der Welt der Frau“, Illustrierte Sonntagsbeilage „Das Leben im Bild“

Richterlichen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 281

Bad Schandau, Freitag, den 2. Dezember 1927

71. Jahrgang

Das Sicherheitskomitee in Genf.

Der Arbeitsplan für die Abrüstung. Das von der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf gebildete „Sicherheitskomitee“ ist zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten und hat den tschechoslowakischen Außenminister Benesch zu seinem Präsidenten gewählt. Deutschland ist vorläufig im Sicherheitskomitee durch Graf Bernstorff vertreten. Die endgültige Besetzung des Sicherheitskomitees wird erst bei der Wiederaufnahme seiner eigentlichen Arbeiten im Februar oder März nächsten Jahres bekanntwerden. Benesch schlug vor, die Arbeiten des Sicherheitskomitees folgendermaßen einzuteilen:

1. Das Schiedsproblem, wobei Benesch auch den Antrag auf Ausarbeitung eines allgemeinen Schiedsvertrages erwähnte, den der norwegische Delegierte Ransen bei der letzten Bundesversammlung einbrachte.
2. Das Sicherheitsproblem und in seinem Zusammenhang Prüfung sämtlicher bereits abgeschlossener zweier- oder mehrseitiger Schieds- und Sicherheitsverträge, wozu vom Sekretariat des Völkerbundes eine Zusammenstellung dieser Verträge geliefert werden soll.
3. Die Verpflichtungen aus Artikel 11.
4. Die praktische Aktion des Völkerbundes aus Artikel 16.

Aber diese Vorschläge entwickelte sich eine längere Aussprache.

Bevor die Abrüstungskommission einen Antrag auf Vertagung der russischen Abrüstungsvorschläge annahm, wandte sich auch der Vertreter Frankreichs, Paul Boncour, gegen ihre sofortige Beratung, da die Abrüstungsfrage durch sie auf ein neues Gleis geschoben würde. Frankreich könne die von Russland vorgeschlagene Methode der Abrüstung nicht annehmen.

Die russische Delegation hat zu ihren Abrüstungsvorschlägen noch eine Denkschrift eingebracht, die sich mit dem Krieg, dem gegenwärtigen Stand der Heere beschäftigt und mit der Forderung nach vollständiger Abrüstung schließt.

Das russische Memorandum an den Völkerbund.

Genf, 1. Dezember. Das Memorandum der Sowjetdelegation, das gestern dem Büro der Abrüstungskommission zugegangen ist, geht von der Behandlung der Kriegsschuldfrage aus. Das Memorandum stellt fest, daß für die Sowjetunion die Ursachen des Weltkrieges in der wirtschaftlichen Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Staaten, dem Verlangen nach Erweiterung der Kolonialgebiete und dem Gewinn neuer Märkte liegen. Das Memorandum weist dann auf die Kriegsverluste hin, die die Sowjetunion im Jahre 1914 denen des Jahres 1925 gegenüber und weisen darauf hin, daß bei diesem Vergleich die Abrüstung Deutschlands, Österreichs, Ungarns und Bulgariens gar nicht zu merken sei. Es herrsche wieder ein Rüstungsfieber. England, Amerika, Frankreich, Italien und Japan hätten bereits in diesem Jahre wieder 37 neue Schiffe gebaut. 181 Neubauten seien vorgezogen. Die Sowjetregierung habe nur 562 000 Mann unter Waffen, gegenüber der zaristischen Armee von 1 350 000 Mann. In der Flottenfrage begnüge sich die Sowjetunion mit der Inordnunghaltung der vorhandenen Schiffe. Das Memorandum schließt damit, daß die Befürchtungen eines neuen gigantischen Krieges durchaus begründet seien.

Botschafter Schurman preist Deutschland.

Eine Rede bei der Newyorker Steubenfeier. Im Madison Square Garden in Newyork hielt anläßlich der 150. Wiederkehr des Tages, an dem der deutsche Offizier Baron von Steuben in Amerika landete und in Washingtons Heer eintrat, um an den amerikanischen Unabhängigkeitskämpfen teilzunehmen, Amerikas Botschafter in Berlin, Jakob Gould Schurman, eine Rede, die sich zu einer Verherrlichung deutschen Wesens und deutscher Art gestaltete. Nachdem der Botschafter Steubens Verdienste um Amerika gepriesen und hervorgehoben hatte, was die Vereinigten Staaten ihrem „deutschen Element“ in intellektueller und kultureller Hinsicht zu verdanken hätten, kam er auf die neue Republik in Deutschland zu sprechen, indem er es als wahrscheinlich bezeichnete, daß sie in friedlicher Weise sich weiterentwickeln werde.

Hohes Lob für den Reichspräsidenten. Stehe doch an der Spitze dieser Republik ein Mann, der für Deutschland das selbe bedeute, was Washington für die Staaten gewesen sei: der Reichspräsident von Hindenburg sei der Erste im Krieg gewesen und sei nun der Erste im Frieden und der Erste in den Herzen aller Deutschen. Als Offizier habe er treu unter drei Kaisern gedient. Als das Volk ihn zur Präsidentschaft berief, habe er der Verfassung die Treue geschworen — so sei er die mächtigste Stütze der Republik geworden. Mit dem Wunsch, daß die herzlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten sich immer

enger gestalten und nie wieder durch kriegerische Verwicklungen gestört werden mögen, schloß der Botschafter seine Rede. Was Amerika Deutschland verbannt.

Im weiteren Verlauf der Feier hob der Kriegsfeldmarschall Dabbs in einem historischen Rückblick die großen Verdienste von Männern und Frauen deutscher Abstammung um den Aufbau der Vereinigten Staaten hervor. Deutschland, sagte er, sei in vielen Dingen der Lehrmeister der ganzen Welt gewesen, aber Amerika habe ihm besonders viel zu verbannt. Männer wie Steuben, Karl Schurz, Franz Sigel und andere würden nie vergessen werden. Im Namen Deutschlands danke Botschafter Dr. Kiey für die Anerkennung, die deutschen Männern, welche ihre Pflicht auch ihrem neuen Vaterlande gegenüber erfüllt hätten, in so hohem Maße gezollt worden sei.

Große Steuben-Feier in Newyork.

Newyork, 1. Dezember. Unter großer Beteiligung der deutschstämmigen Bevölkerung fand heute in Madison Square Garden eine Riesfeier der Steuben-Gesellschaft zur Feier des 150. Geburtstages der Landung von Steuben statt. Unter den Anwesenden befand sich auch der amerikanische Botschafter in Berlin, Schurman.

Senator Borah für Rückgabe des deutschen Eigentums.

Newyork, 1. Dezember. Bei der Steubenfeier in Baltimore wandte sich Senator Borah dagegen, daß das beschlagnahmte deutsche Eigentum immer noch nicht zurückgegeben worden sei. Gerade Steubens Vaterland Preußen habe zuerst im Vertrag mit den Vereinigten Staaten die Achtung des Privatrechtes anerkannt. Die Zeit sei jetzt gekommen, wo die Vereinigten Staaten verpflichtet seien, gegenüber den früheren Besitzern des beschlagnahmten Eigentums Gerechtigkeit zu üben. Borah bezeichnete ferner die Entwaffnungsklausel im Versailler Vertrag als die geringste Bestimmung, die jemals ein Friedensvertrag enthalten hätte. In einer Zeit, wo die anderen Nationen im Wettrüsten seien, sei Deutschland die Nation, die in Genf den Kampf für den Frieden führe.

Politische Rundschau Deutsches Reich

Schleswig-holsteinische Bauern beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler empfing im Beisein des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft eine Abordnung des Schleswig-holsteinischen Bauernvereins, die in dringendster Form die Wünsche der dortigen Landwirtschaft hinsichtlich der Zoll-, Steuer- und Kreditpolitik vortrug. Der Reichskanzler wies darauf hin, daß sich das Reichskabinett in letzter Zeit mehrfach mit der Notlage weiter landwirtschaftlicher Kreise befaßt habe und im Rahmen des Möglichen bereit sei, Hilfsmassnahmen zu ergreifen. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft stellte in Aussicht, daß insbesondere die Prüfung der landwirtschaftlichen Kreditlage noch im Laufe des Jahres abgeschlossen werden würde.

Deutsch-polnische Wirtschaftskonferenz in Berlin.

Die seit längerer Zeit geplante Zusammenkunft deutscher und polnischer Wirtschaftsführer findet am 6. und 7. Dezember 1927 in Berlin statt. Der polnischen Abordnung gehören 22 führende Persönlichkeiten der polnischen Industrie und Landwirtschaft an. Die Führung der Verhandlungen auf deutscher Seite liegt in den Händen des Herrn Frowein. Ebenso wie auf polnischer Seite werden auf deutscher Seite an den Beratungen repräsentative Vertreter der Spitzenverbände der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft beteiligt sein. Die Beratungen sollen das gegenseitige Verständnis für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten fördern und damit auch zur politischen Beruhigung beitragen. Im Rahmen dieser Tagesordnung werden auch die wichtigsten Punkte der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen erörtert werden.

Frankreich.

× Briand über die außenpolitische Lage. In der Kammer hielt bei der Aussprache über das Budget für auswärtige Angelegenheiten der Außenminister Briand eine Rede, in der er sein Vertrauen zum Völkerbund und Frankreichs Friedensliebe betonte. Er wies nach, daß Frankreich stark abgerüstet habe und auch die Militärdienstzeit verkürze. Dann sprach der Minister seine Befriedigung aus über die durch die Abmachungen von Locarno und die ehrliebe Mitarbeit der Regierenden in Deutschland erzielten günstigen Ergebnisse. Er erklärte schließlich, daß der französisch-jugoslawische Vertrag, der in Italien so große Erregung hervorgerufen habe, hervorgegangen sei aus der von Frankreich verfolgten Friedenspolitik. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen; Poincaré brückte dem Redner die Hand.

Für eilige Leser.

* Gestern nachmittag ist es plötzlich zu einem Auslande der saarländischen Eisenbahnarbeiter gekommen. Die Regierungskommission hatte sich kategorisch geweigert, die von den Eisenbahnarbeitern geforderte Lohnerhöhung von 34 Centimes pro Stunde zu bewilligen. Diese Forderung, die bereits vor einigen Tagen an die Regierungskommission gerichtet wurde, ist die Grundlage zum Ausstand der Arbeiter. Die Eisenbahnarbeiter hatten auf den Ausgang von Verhandlungen gewartet, und als sie sich in ihren Hoffnungen getäuscht sahen, traten die ganzen Belegschaften von Saarbrücken, Homburg und Neunkirchen geschlossen in den Ausstand. Die Bahnbeamten versehen noch Dienst, so daß eine Stilllegung der Bahnlinie vorläufig noch nicht eingetreten ist.

* Zu der französischen Blättermeldung über eine angebliche Zusammenkunft Briand-Mussolini in Genf schreibt das Giornale d'Italia, daß nach Ertundungen an zuständiger Stelle von einer derartigen Zusammenkunft nichts bekannt sei. Es hätten auch keinerlei Vorbesprechungen stattgefunden. Diese Auslassung des Giornale d'Italia kann als offizielles Dementi angesehen werden.

* Aus Moskau wird gemeldet, daß der sibirische Expres bei der Station Kruka in Trans-Baikalien entgleiste. Einzelheiten fehlen noch.

Dreihunderttausend in Lehm und Zelt.

Von Dr. Julius Rud. Kaim-Athen.

Dt sind die Anstrengungen geschildert worden, mit denen das kleine Griechenland und die internationale „Flüchtlingskommission“ das Schicksal jener anderthalb Millionen Menschen zu bessern suchen, die dank der katastrophalen Niederlage der griechischen Heere gegen die Freiheitsarmee des Türkenreformators Mustafa Kemal und dank dem diese Kämpfe abschließenden Vertrag von Lausanne aus Kleinasien in die hellenische Heimat ihrer Väter flüchten mußten. Viel ist geschaffen worden, viel wird noch getan. Was aber noch nicht geschehen ist, was noch nicht getan werden konnte, ist so maßlos traurig, daß es sich zur unerhörten Anklage gegen die Schöpfer des Lausanner Vertrages und gegen einzelne Leiter der heutigen griechischen Politik verdichtet.

Niemand weiß, wie viele Flüchtlinge noch nicht untergebracht sind; aber wenn man ihre Zahl mit dreihunderttausend ansetzt, so ist das keinesfalls zu hoch gegriffen. Dreihunderttausend Menschen klagen an. Dreihunderttausend Opfer der Politik leben unglücklich in menschenunwürdigen Verhältnissen. Die Großstaaten, die den Vertrag von Lausanne erdacht haben und somit verantwortlich für seine Folgen sind, haben nicht annähernd genug getan, um das unglücklich tröstliche Schicksal der Opfer ihrer papiernen Weisheit zu bessern: die den Griechen gewährte Anleihe war viel zu klein, die neue, im letzten September gewährte Anleihe, die zu einem Drittel der Flüchtlingsfledlung zufallen sollte und ebenfalls knapp bemessen war, ist bekanntlich einem Einsprüche Frankreichs zufolge vorläufig vereitelt worden. Die Dreihunderttausend warten weiter, ungeduldig, unzufrieden, voller Angst vor dem Winter.

Die griechische Regierung hätte im Sommer Gelegenheit gehabt, ohne Völkerbund eine Anleihe aufzunehmen, sie hätte sofort Geld haben können. Der griechische Finanzminister Kaphandaris aber hielt es in der behaglichen Sicherheit seines Ministeressels nicht entfernt für nötig, an die Unglücklichen seines Landes zu denken: Vor dem Herbst — erklärte er — braucht Griechenland kein Geld. Der Herbst ist vorüber, Geld ist nicht zu sehen und großen Worten nichts gefolgt.

Schwer lastet die Faust eines unverschuldeten Schicksals auf den Armen, die in engler Holzhütte, in dürftiger, fenchter Lehmhütte, im halbhoffenen Zelt der Regenzeit zum fünften Male entgegensehen. Die lächerlichen Häuschen stehen unter Wasser, Fieber und Grippe, Typhus und jede Epidemie finden schwache Körper widerstandslos jedem Angriff ausgeföhrt. Familien von acht Köpfen hausen in Hütten von fünf Quadratmetern, von weither schleppen gesegnete Frauen Trinkwasser herbei. Greise versuchen immer wieder vergebens das ewig schadhafte Dach auszubessern, die Wasserinne um das Zelt zu ziehen, die Stäbe zu befestigen.

Im Wirrwal der meterbreiten Gassen hausen Armut und Schmutz, drängt die Sorge um Brot zu heimlichen Laßern. Das Elend schreit nach Schnaps, das Elend will auf jede Weise Brot, und sei es, daß der Ehrliche zum Diebe wird. Tausende sind zu Dieben geworden, viele Männer zu Trunken, viele Frauen würdelos. Nicht durch ihre Schuld, gewiß nicht; durch die Schuld der „Großen Politik“ und die Schuld führender Staatsmänner des eigenen Landes.

Wundert es jemanden, daß diese Verfertigung von Elend und Politik der kommunistischen Saat offenen Boden bereitet? Die unsagbare Angst vor dem Kommunismus, die ein kürzlich erfolgtes Attentat auf den griechischen Staatspräsidenten schnell und ohne jede Prüfung einen kommunistischen Streich nannte, während es sich in Wahrheit um die Tat eines Ver-